

Wiederzulassung von Glyphosat steht bevor: „Es ist nicht 5 vor 12, sondern...“

Wir nehmen besorgt zur Kenntnis: Meldungen aus gut unterrichteten Kreisen in Brüssel schrecken auf. Trotz heftiger internationaler Proteste von WissenschaftlerInnen aus ganz Europa und der Welt, trotz großer Bemühungen der Zivilgesellschaft, Bau- und Gartenmärkte zu bewegen, glyphosathaltige Mittel nicht mehr zu verkaufen, trotz besorgniserregender Studien aus Argentinien über die Auswirkungen auf uns Menschen soll es am 7. März in Brüssel zur Wiederzulassung des Pestizids Glyphosat kommen. Deutlich früher als geplant sollen die EU-Staaten über die Wiederzulassung für mindestens weitere zehn Jahre abstimmen. Wie zu erfahren ist, soll Glyphosat sogar einen Freispruch erster Klasse erhalten. An das bisher sehr intransparente Verfahren der letzten Monate soll jetzt ein Knopf dran gemacht werden: dabei finden sich in den Unterlagen keinerlei Hinweise auf Gefahren und die Einstufung des Mittels durch die Weltgesundheitsorganisation.

Wir fragen uns: Wer stellt in Brüssel und Berlin die Unterlagen zusammen? Haben die millionenschweren Lobbyisten der Agro- und Chemieindustrie mehr Gehör gefunden als die vielen unabhängigen WissenschaftlerInnen prominenter Institute von Universitäten weltweit?

Wir sind besorgt, dass Freiheit von Forschung und Lehre in Europa immer mehr in das Magnetfeld des Geldes gerät. Regierungsvertreter in den Hauptstädten und in Brüssel sind verpflichtet, alle Erkenntnisse im Sinne des Vorsorgeprinzips zu berücksichtigen.

Die Angriffe der versteckt arbeitenden Lobbygruppen der Agro- und Chemieindustrie müssen an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Wir fordern die Bundesregierung, vor allem den zuständigen Minister Schmidt (CSU) und die EU-Kommission auf, nicht mehr die Fakten zu ignorieren und die europäischen und nationalen Behörden zu verpflichten, alle Unterlagen auf den Tisch zu legen und diese auch zu beherzigen. So wird gemeldet, dass „auch die alarmierende Einschätzung des Umweltbundesamtes, das Pestizid trage entscheidend zum Verlust der biologischen Vielfalt und zum Artensterben bei, in der Beschlussvorlage der EU bewusst ignoriert wird“ (BUND-Meldung vom 16.2.2016).

Wir sind empört und rufen alle Menschen auf:

Melden Sie sich bis Anfang März zu Wort. Schreiben Sie persönliche Protestbriefe an Bundesminister Herrn Christian Schmidt poststelle@bmel.bund.de , den zuständigen EU-Kommissar Andriukaitis in Brüssel <http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/andriukaitis> und an alle gewählten Mandatsträger im Landtag, Bundestag und im Europäischen Parlament.

Wir fordern, dass die Bundesregierung endlich Landwirte, Winzer, VerbraucherInnen, die Bodenlebewesen und alle anderen vor diesen „chemischen Keulen“ schützt. Dieses Mittel darf ebenso wenig wiederzulassen werden wie alle anderen Gifte, über die wir noch keine verlässlichen Aussagen über Krebserzeugung und gesundheitliche Folgen Bescheid wissen. Das Mindeste ist darauf zu bestehen, dass die Umweltgefahren im Wiederzulassungsbescheid stehen und Mitgliedstaaten auf dieser Grundlage Reduktionsziele und Anwendungs-beschränkungen erlassen. Wir wissen eine andere Landwirtschaft ist möglich!!

Verein Gentechnikfreie Landkreise LB/Rems-Murr e.V., BUND Marbach und Bottwartal